

Laizität - Garant für Demokratie

Autor(en): **Kaech, Jean**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Freidenker [1956-2007]**

Band (Jahr): **75 (1992)**

Heft 11

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-413892>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

FREI DENKER



Monatsschrift der Freidenker-Vereinigung der Schweiz

75. Jahrgang

November 1992

Nr. 11

Laizität – Garant für Demokratie

Trennung von Staat und Kirchen ist nicht nur ein Postulat der Freidenker, sondern sollte für jeden wirklich ehrlichen Demokraten eine Selbstverständlichkeit sein, denn nur ein laizistisch konzipierter Staat bietet Gewähr für Demokratie. Religiöse Übergriffe, verstärkte Einflussnahme von fundamentalistischen Bewegungen und Anmassungen von klerikalen Volksvertretern werden immer mehr zur grossen Gefahr für die demokratischen Staaten.

Als Beispiel diene **Frankreich**, das bereits 1905 mit einer Volksabstimmung die Laizität des Staates durch strikte Trennung von Staat und Kirchen einführte. Jahrzehntlang war die französische Republik ein Vorbild eines überzeugend wirkenden laizistischen Staates – vom Zwischenspiel der Vichy-Regierung, die unter Führung klerikaler Kräfte Pétain mit den Nazis kollaborieren liess – einmal abgesehen.

Was sich aber in den vergangenen Jahren in unserem Nachbarland abspielte, ist Verrat an der französischen Republik. So werden die öffentlichen Staatsschulen finanziell unter Druck gehalten, während den katholischen Privatschulen massive Subventionen gewährt werden. Der Einfluss der katholischen Kirche auf staatliche Funktionen wird immer stärker; zahlreiche Politiker lassen sich vereinnahmen; eine Re-Katholisierung ist in vollem Gange – ganz im Widerspruch zu den Errungenschaften der französischen Revolution und in flagranter Verletzung der laizistischen Verfassung von 1905. Die französischen Freidenker wehren sich an allen Fronten – bis hin gegen ein vatika-

nisches Europa mit der fragwürdigen Basis der Maastrichter Verträge.

Doch auch bei uns in der **Schweiz** kann die gleiche Entwicklung festgestellt werden. Der Kanton **Genf** diene als Beispiel: Das Genfervolk stimmte bereits 1907 für eine vollständige Trennung von Staat und Kirchen. Während Jahrzehnten vertiefte der laizistische Staat das Demokratieverständnis des Genfervolkes; die Genfer Kirchen hatten sich dem Willen des Volkes zu unterziehen.

Allerdings versuchen auch in Genf die Kirchen immer wieder den Einbruch in die Staatsgewalt, und siehe da – steter Tropfen höhlt den Stein. In Genf geschehen Dinge, die mit dem Laizismus nicht mehr vereinbart werden können. Schon 1959 wurde ein Gesetz verabschiedet, das den Genfer Staatsrat ermächtigt, für die (anerkannten) Kirchen Steuergelder einzutreiben. So findet sich denn auf den offiziellen Formularen für die Steuererklärung eine Rubrik, die nach der Konfession des Steuerzahlers fragt. Die drei anerkannten Kirchen (die nationale protestantische, die römisch- und die christ-katholische) können vom Staat verlangen, dass er das Inkasso der Kirchensteuern besorge – und Genf macht es! Auf Rückfragen an kompetenter Stelle wird erklärt, der Staat erhalte von den eingezogenen Beträgen eine Entschädigung von 2%. Alle Kirchen beklagen sich über den ständig sinkenden Ertrag dieser

Steuern, so dass der Staat seine effektiven Kosten bei weitem nicht decken kann. Anders ausgedrückt, heisst das: Die Steuerzahler – somit auch Angehörige anderer Kirchen und Konfessionslose wie die Freidenker – werden gezwungen, diese verfassungswidrige Inkassotätigkeit der Genfer Behörden mitzufinanzieren.

Trotz Trennung von Staat und Kirchen gewährte der Genfer Grosse Rat eine Subvention an die Beratungsstelle für Ehefragen, geführt von der protestantischen Genfer Kirche. (Von *hundert* Parlamentariern stimmte *einer* dagegen.) Wenig später stimmte dasselbe Parlament einer Subvention an die Ferienkolonie einer römisch-katholischen Kirchgemeinde zu (auch diesmal, *camarades des partis de gauche*, eine einzige Gegenstimme!).

Andere Fragen müssen gestellt werden: Warum wird die Vereidigung des Genfer Staatsrates in der Kathedrale und nicht im Grossratssaal durchgeführt? Warum leisten die Mitglieder der laizistischen Regierung ihren Amtseid auf die Bibel und nicht auf die Verfassung? Was würde geschehen, wenn dereinst ein Regierungsmitglied jüdischer, muslimischer oder atheistischer Gesinnung den Eid auf dieses Buch verweigert? Das Bundesgericht müsste wohl Stellung beziehen. Und was haben konfessionelle Parteien in einem Staat zu suchen, der der strikten Trennung von Staat und Kirchen verpflichtet ist?

Diesmal:

Laizität – Garant für Demokratie	81
Priester gegen Kirche	83
Konfessionslos oder humanistisch ?	84
«Jesus Christus» – eine Buchbesprechung	86

FREIDENKER-UMSCHAU

Laizismus schafft Klarheit, verhindert das Eindringen klerikaler Macht und bietet gleiche Voraussetzungen für Gläubige und Ungläubige, schützt somit die wahre Demokratie. Solange aber Konfessionslose und Andersgläubige die saftigen Gehälter von Geistlichen der (anerkannten) Kirchen mit ihren Steuern mitfinanzieren müssen, kann man kaum von Demokratie sprechen. Denn zum Beispiel in den Kantonen Bern, Zürich und Waadt werden die Pastoren, Pfarrer und Rabbiner aus normalen und nicht aus kirchlichen Steuergeldern entlohnt.

Es gibt nur ein Gegenmittel: die Trennung von Staat und Kirchen, von Schule und Kirchen – die Schaffung des demokratischen, laizistischen Staates.

Jean Kaech

Ernst Sieber

Der bekannte Fernseh- und Obdachlosenpfarrer hat nach den Wahlen seinen früheren Beruf aufgegeben – und kann doch das Predigen nicht lassen. Schon am ersten Tag ergriff das Zürcher EVP-Fraktionsmitglied noch vor dem Gelübde selbstherrlich das Wort, seither inszeniert er am Rednerpult immer wieder ein Spektakel fürs TV: Mal verwandelt er wie schon so oft einen Fensterahmen in ein Kreuz, mal steckt er seinen Kopf durch eine zerschnittene Schweizerfahne – und wird deswegen vom Ratspräsidenten gerügt. Wann führt er wohl erstmals sein liebstes Stück, den Kopfstand, im Bundeshaus vor?

SonntagsZeitung, 4. 10. 92

Religion: kein Pflichtfach

Aufgrund der Glaubens- und Gewissensfreiheit darf kein Lehrer staatlicher Schulen gezwungen werden, Religionsunterricht zu erteilen. Deshalb ist es auch unzulässig, den Schülerinnen und Schülern des Kantonalen Lehrerseminars Luzern den Besuch des Religionsunterrichts als Pflichtfach vorzuschreiben.

Verwaltungsgericht LU

(LGVE 1990, II, Nr. 2, S. 118 ff.)

Beobachter, 17/92

Idealistischer Materialismus

Die materielle Verbesserung des Loses der Menschen ist ein Ideal. Deshalb ist der Materialismus: Idealismus. Das Materielle an diesem Idealismus ist: dass er nicht die Absicht hat, die Menschen mit Idealen satt zu machen.

Ludwig Marcuse

Deutschland

Wie der Tagespresse zu entnehmen war, hat in Deutschland erstmals eine Frau ein lutheranisches Bischofsamt erlangt. Maria Jepsen wurde in Hamburg von der Synode der Nordelbischen Kirche in dieses Amt gewählt. Das Stirnerunzeln der patriarchalisch gesinnten Oberen der Konkurrenzkirchen kann man sich unschwer vorstellen.

CSFR

«Gott eint – in Christus eine neue Schöpfung.» So lautet das Generalthema der Konferenz europäischer Kirchen in Prag. Wie wirklichkeitsfremd und verschoben sich dieser Slogan ausnimmt, können wir tagtäglich den Fernsehberichten und Zeitungsmeldungen aus dem zerfallenden Jugoslawien entnehmen, wo sich die bis aufs Blut verfeindeten kroatischen Katholiken und serbisch-orthodoxen Christen mit äusserster Brutalität bekämpfen und gegenseitig abschlachten.

Eine neue Schöpfung durch den zu einem Christos (=Gesalbten) hochstilisierten Jesus von Nazaret? Würde dieser Wundertäter wenigstens die vorhandene, grossenteils kaputte Welt wieder wohnlich herrichten? Würde dieser Jesus, wenn er noch lebte, uns von unseren Abfallbergen befreien, die vergifteten Gewässer reinigen und die Feuer in den tropischen Urwäldern löschen? Und würde er alle luftverschmutzenden Flug- und Fahrzeuge von der Erde wegblasen?

Kommentar: Es scheint immer noch zu rentieren, den frommgläubigen Teil der Menschheit mit religiösen Illusionen für dumm zu verkaufen.

Dominikanische Republik

Im vergangenen Monat hat in Santo Domingo, der Hauptstadt der Dominikanischen Republik, die IV. Vollversammlung der lateinamerikanischen Bischöfe stattgefunden. Dazu erklärte der Erzbischof von Guatemala, Mons. Prospero Penados del Barrio, in einem Interview, das zentrale Thema der Bischofskonferenz laute: «Jesus Christus gestern, heute und in Zukunft.» Man fragt sich, ob es in den brutal niedergehaltenen, von Armut

und Elend zerfressenen Ländern Lateinamerikas nichts Besseres zu tun gibt, als den Wanderprediger Jesus Christus hochleben zu lassen. Ins gleiche Horn stiess der Papst bei seinem Eintreffen am Freitag, dem 9. Oktober, mit seinem Aufruf zur «Erziehung zur Frömmigkeit».

Australien

Zum ersten Mal in der Geschichte Australiens hat eine Kirche den Frauen das Recht auf Schwangerschaftsabbruch zuerkannt. Es ist dies die Uniting Church, die seit 1977 die methodistische und die presbyterianische Kirche sowie die Glaubensgemeinschaft der Kongregationisten umfasst. Mit diesem Beschluss will die Uniting Church der gesellschaftlichen Wirklichkeit Rechnung tragen, wozu vor allem Armut und medizinische Probleme zu zählen sind. Wie zu erwarten war, hat diese Entscheidung bei anderen Kirchen, vor allem natürlich bei der katholischen, lautstarken Protest ausgelöst.

A. B.

Rock and Religion

Sinead O'Connor

Als die irische Sängerin am Samstag [17.10.92] beim Jubiläumskonzert für das Rockidol [Bob Dylan] die Bühne im ausverkauften New Yorker Madison Square Garden betrat, wurde sie von der Menge ausgebuht. Zwei Wochen zuvor hatte die politisch engagierte Sängerin bei einer Talkshow im amerikanischen Fernsehen ein Bild von Papst Johannes Paul zerrissen, um gegen dessen Pillenpolitik zu protestieren. Kurz vor dem Konzert hatte sie die katholische Kirche als Ursprung des Antisemitismus kritisiert, weil sie verkünde, dass die Juden für die Tötung von Jesus verantwortlich seien. Neben grellen Pfiffen soll es auch Beifall gegeben haben. (dpa, ap)

Polo Hofer

Der Berner Rockmusiker auf die Frage, ob er wieder in die Kirche eingetreten sei:

«Ach wo! Ich bin ausgetreten, und fertig. Christentum und Islam sind zu sehr von Dogmen besetzt, das hilft der Menschheit gar nichts.»